

09. Juli 2015, von Michael Schöfer Kritischer Journalismus verzweifelt gesucht

Die Politiker sind nicht unser einziges Problem, auch die Medien haben an der griechischen Tragödie ihren Anteil. Kritischer Journalismus verzweifelt gesucht: "Wir machen keine Auflagen, wo reformiert, wo gespart werden soll", behauptete EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU) in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Man gebe lediglich die Dimension vor. [1] Warum dann in der "List of prior actions", die die EU-Kommission veröffentlicht hat, akribisch die von Athen zu leistenden Sparmaßnahmen aufgeführt sind und die Troika dem Vernehmen nach bestimmte Vorschläge Athens ablehnte, hat die Interviewerin des Deutschlandfunks leider nicht gefragt. Der offenkundige Widerspruch wurde einfach kommentarlos übergangen, hier nachzuhaken wäre eigentlich ihre Pflicht gewesen. Schade, dass sie Oettinger nicht härter in die Mangel nahm, dabei macht ja gerade das für gewöhnlich kritischen Journalismus aus.

"1,27 Millionen lesen täglich die SZ", rühmt sich die Süddeutsche Zeitung. Sie bleibe damit "Deutschlands erfolgreichste überregionale Qualitäts-Tageszeitung". Stolz weist die Redaktion darauf hin: "Bei den Entscheidungsträgern hat die SZ ihre Position ausgebaut; sie erreicht 14,4 Prozent der Entscheider aus Wirtschaft und Verwaltung. (...) Damit bestätigt die SZ ihre Führungsposition unter den überregionalen Qualitätszeitungen. In absoluten Zahlen heißt das: 423.000 aller Top-Entscheider in Deutschland vertrauen der SZ." [2] Wunderbar, dass die SZ so viele "Top-Entscheider" erreicht, aber genau das scheint bei der Süddeutschen inzwischen auch das Problem zu sein, denn die Zeitung orientiert sich anscheinend allzu sehr am Establishment. Das Blatt macht jedenfalls den Eindruck, ziemlich abgehoben zu sein.

Ein Beispiel: Einige Wirtschaftswissenschaftler, darunter Thomas Piketty ("Das Kapital im 21. Jahrhundert"), forderten Bundeskanzlerin Angela Merkel in einem offenen Brief zur Kurskorrektur auf. "Das endlose Spardiktat, das Europa den Menschen in Griechenland aufgezwungen hat, funktioniert einfach nicht", heißt es darin. Und was lesen wir dazu in "Deutschlands erfolgreichster überregionaler Qualitäts-Tageszeitung"? Unter dem Titel "Wenn Wissenschaftler Kampagne machen" schreibt Redakteur Andrian Kreye: "Wenn sich Medien und Wissenschaft als Aktivisten verstehen, haben sie ihre gesellschaftliche Rolle verspielt." Medien und Wissenschaft dürften politisch keine Partei ergreifen. [3]

Dass Medien Partei ergreifen, ist ja hinlänglich bekannt. Das lesen wir schließlich, gerade in Bezug auf Griechenland, jeden Tag aufs Neue. Diesbezüglich könnte sich die SZ durchaus auch einmal an der eigenen Nase fassen. Aber seit wann müssen Ökonomen neutral sein, wenn sich das Ganze ihrer Meinung nach in die falsche Richtung bewegt? Das ist doch, mit Verlaub, ziemlicher Stuss. Und außerdem undemokratisch. Aber vielleicht kann man von Journalisten, die von so vielen "Top-Entscheidern" gelesen werden, nichts anderes erwarten. Nebenbei bemerkt: Dass die SZ Hans-Werner Sinn, der seit langem für den Grexit plädiert (das Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone), je dazu aufgefordert hätte, nicht politisch Partei zu ergreifen, ist mir nicht in Erinnerung geblieben. Es kommt offenbar immer darauf an, aus welcher Richtung die Kritik an Merkels Kurs geäußert wird.

[1] Deutschlandfunk vom 07.07.2015

[2] Süddeutsche vom 03.07.2015

[3] Süddeutsche vom 08.07.2015